



Amtsblatt für den Landkreis Prignitz

Jahrgang 05

Perleberg, 25.03.2024

Nr. 15

Inhalt

I. Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Prignitz

Deutschland – Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen – Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen für den Landkreis Prignitz

OJ S 59/2024 22/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

Seite 2

Herausgeber: Landkreis Prignitz, Der Landrat, Berliner Str. 49, 19348 Perleberg, www.landkreis-prignitz.de

Verantwortlich: Büro des Landrates, Pressestelle, Telefon: 03876 713-290, Fax: 03876 713-291, E-Mail: info@lkprignitz.de

Erscheinungsweise: Das Amtsblatt erscheint unregelmäßig nach Bedarf, mindestens jedoch 4x jährlich.

Vertrieb: Das Amtsblatt ist im Haus 1 der Kreisverwaltung in 19348 Perleberg, Berliner Str. 49, erhältlich und liegt an den Standorten der Gemeinde- und Amtsverwaltungen des Landkreises Prignitz aus.

Es ist unter www.landkreis-prignitz.de/de/aktuelles/amtsblatt.php einsehbar.

Deutschland – Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs-
und anderen Abfällen – Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen
für den Landkreis Prignitz
OJ S 59/2024 22/03/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung –
Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Prignitz
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen für den Landkreis Prignitz
Beschreibung: Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Landkreis Prignitz in 4 Fachlosen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung/ Vergabeunterlagen.

Los 1: Sammlung und Beförderung von Restabfall, Bioabfall und Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)

Los 2: Sammlung und Beförderung von Sperrmüll, Elektroaltgeräten und Altmetallen,

Los 3: Sammlung, Transport und Entsorgung von gefährlichen Abfällen,

Los 4: Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)

Kennung des Verfahrens: aebd8755-93da-407c-b573-2f9188770a6a

Interne Kennung: 13.2024.GbII.EU

Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 90500000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Siedlungs- und anderen Abfällen

2.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Prignitz (DE40F)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Landkreis Prignitz

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP9Y506XRP Fragen zu den Vergabe- und Vertragsunterlagen und dem Vergabeverfahren sind ausschließlich mittels Kommunikation über den durch den Auftraggeber genutzten E-Vergabeportal vergabemarktplatz.brandenburg.de zu stellen. Die Antworten der Vergabestelle auf Bieterfragen werden allen Bietern - soweit zweckdienlich - in Form von Bieterinformationen zur Verfügung gestellt, die über das Vergabeportal abgerufen werden können. Es obliegt dem Bieter, sich bis zum Ablauf der Angebotsfrist darüber informiert zu halten, ob der Auftraggeber über das Vergabeportal eine (neue) Bieterinformation zum Abruf bereitgestellt hat. Das Risiko, bei Unterlassen des Abrufs einer Bieterinformation ein Angebot aufgrund veralteter Vergabeunterlagen abzugeben und aus diesem Grund vom Vergabeverfahren ausgeschlossen zu werden, liegt allein bei dem betreffenden Bieter.

Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:	Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1 Los:

LOT-0002	
Titel:	Sammlung und Beförderung von Restabfall, Bioabfall und Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)
Beschreibung:	Sammlung und Beförderung von Restabfall, Bioabfall und Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung/ Vergabeunterlagen.
Interne Kennung:	1

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags:	Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv):	90511100 Einsammeln von kommunalem Müll
Zusätzliche Einstufung (cpv):	90511200 Einsammeln von Hausmüll, 90511400 Altpapiersammlung

5.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS):	Prignitz (DE40F)
Land:	Deutschland
Ort im betreffenden Land	
Zusätzliche Informationen:	Landkreis Prignitz

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns:	01/04/2025
Enddatum der Laufzeit:	31/03/2028

5.1.4 Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben:
 Option der zweimaligen einseitigen Verlängerung durch den Auftraggeber um jeweils 24 Monate; die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption ist dem Auftragnehmer bis spätestens 6 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums anzuzeigen

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert.
 Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswese.
 Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet.
 Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung
 Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))
 Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen:
 Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
 Beschreibung: Mit dem Angebot sind vorzulegen: - Auflistung von repräsentativen Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für die Erbringung der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Dienstleistungen -- im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern und -- unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, mit Benennung von durchgeführter Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des Auftraggebers (auf Verlangen: Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang (Anzahl der Einwohner im Entsorgungsgebiet; Anzahl der mit Identsystem ausgerüsteten Sammelfahrzeuge und Behälter) Weitere Informationen zum erfolgten Einsatz von Identsystemkomponenten sind in das Formblatt C-2.11 einzutragen (Einsatzzeitraum, Anzahl der identifizierten Schüttungen, Lieferant der eingesetzten Identsystem-Fahrzeugausrüstung, Anzahl und Typ der mit Identsystem ausgerüsteten Fahrzeuge und Anzahl, Bauform und Lieferant der eingesetzten Identifikationschips).
 - Mindestanforderung an die Referenzen für Los 1:
 - vergleichbare Leistung: behältergestützte Sammlung und Beförderung von Abfällen unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern,
 - bereits absolvierter Vertragszeitraum: 12 Monate;
 - Mindestleistungsumfang: Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern; Identsystem: Mindestanzahl von 2 Müllfahrzeugen und mehr als 10.000 ausgerüsteten Behältern.
 - Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der gleichwertigen Qualifikation für die Sammlung und Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01).
 - Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters:
 -- Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung,
 -- Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den Auftraggeber und Darstellung der Qualifikation
 -- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.
 - Erklärung über die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre),

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung
 Beschreibung: Mit dem Angebot vorzulegen:
 - Angaben zur Rechtsform des Bieters, - ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft,
 - aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate,
 - Eigenerklärungen des Bieters, dass: -- keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG), dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) und nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) vorliegen,
 -- er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der angebotenen Leistungen verfügen wird,
 -- er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der

angebotenen Leistungen erfüllt,
 -- er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat,
 - Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angaben über die Eintragung in ein zertifiziertes Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z.B. amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) und Zugangscode zum Abruf.
 - Die Bieter haben mit dem Angebot anzugeben, für welche Leistungsteile der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist.
 Auf Verlangen des Auftraggebers sind vorzulegen:
 - Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist),
 - Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind, nicht älter als 12 Monate),
 - aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,
 - Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, AEntG, MiLoG und SchwarzArbG),
 - Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen (mit Ausnahme der geforderten Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder gleichwertig, soweit der Bieter selbst entsprechend zertifiziert ist).
 - Bei Bietergemeinschaften sind eine Erklärung der Bietergemeinschaft, die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen, der Handelsregisterauszug sowie die Unterlagen zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach § 123 GWB, AEntG, MiLoG, SchwarzArbG und § 124 GWB) für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; im Übrigen müssen in Summe alle geforderten Nachweise vorliegen.
 - Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Erklärungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Kriterium:
 Art:
 Beschreibung:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Mit dem Angebot sind vorzulegen:
 - Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besonderen Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen vorzuhalten,
 - Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Leistungen und die Bilanzsumme, jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren,
 - Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen,
 - Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe,
 - Im Falle der Eignungslleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungslleihe gesamtschuldnerisch haften.
 Auf Verlangen vorzulegen:
 - Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.

Kriterium:
 Art:
 Beschreibung:

Sonstiges
 Mit dem Angebot sind vorzulegen:
 Unterlagen zur Durchführung der Leistungen nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen:
 - für alle Lose: Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung für die angebotenen Lose, Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebs-

standorte, von denen aus die Leistung erbracht werden soll, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
 - je Los: gemäß den losspezifischen Angaben in den Vergabeunterlagen Auf Verlangen vorzulegen
 - Genehmigungunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in den Formblättern benannten Anlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis
 Bezeichnung: prognostizierte Bruttogesamtkosten
 Fester Wert (insgesamt): 1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
 Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch
 Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
 Varianten: Nicht zulässig
 Die Bieter können mehrere Angebote einreichen.

Frist für den Eingang der Angebote: 30/04/2024 14:00:00 (UTC+2)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 168 \$name_timeperiod.DAYS_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung gemäß § 56 VgV, Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungsdatum: 30/04/2024 14:01:00 (UTC+2)

Zusätzliche Informationen: Es ist keine öffentliche Angebotsöffnung.

Auftragsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG); Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Eigenerklärung zu Russlandsanktionen)

Elektronische Rechnungsstellung:

Erforderlich

Informationen über die Überprüfungsfristen:

10 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber per Fax oder durch Hochladen auf der Vergabeplattform ist der Vertragsschluss möglich. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Der Auftraggeber wird die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mit der Vorabinformation über den frühestens Zeitpunkt des vorgesehenen Vertragsschlusses in Textform informieren. Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der aktuellen Fassung Anwendung.
 § 160 lautet auszugsweise: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. [...] (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeun

terlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“

Demzufolge ist ein Antrag an die o. g. Nachprüfungsstelle (Vergabekammer) insbesondere unzulässig, sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt wird (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB) und nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Nachprüfungsantrag gestellt wurde (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Wir weisen darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Auftragnehmer an die Vergabekammer wenden. Wir weisen schließlich darauf hin, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterlegene Partei kostenpflichtig ist.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Landkreis Prignitz

5.1 Los:

LOT-0003
Titel: Sammlung und Beförderung von Sperrmüll, Elektroaltgeräten und Almetallen
Beschreibung: Sammlung und Beförderung von Sperrmüll, Elektroaltgeräten und Almetallen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung/ Vergabeunterlagen.
Interne Kennung: 2

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 90511100 Einsammeln von kommunalem Müll

5.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Prignitz (DE40F)
Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land
Zusätzliche Informationen: Landkreis Prignitz

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2025
Enddatum der Laufzeit: 31/03/2028

5.1.4. Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben:
Option der zweimaligen einseitigen Verlängerung durch den Auftraggeber um jeweils 24 Monate; die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption ist dem Auftragnehmer bis spätestens 6 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums anzuzeigen

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert.
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet.
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung
 Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))
 Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen:
 Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
 Beschreibung: Mit dem Angebot sind vorzulegen:
 - Auflistung von repräsentativen Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für die Erbringung der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Dienstleistungen im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern, mit Benennung von durchgeführter Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des Auftraggebers (auf Verlangen: Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang (Anzahl der Einwohner im Entsorgungsgebiet)
 - Mindestanforderung an die Referenzen für Los 2:
 - vergleichbare Leistung: haushaltsnahe Sammlung von Sperrmüll mit Abrufkartensystem im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern,
 - bereits absolvierter Vertragszeitraum: 12 Monate;
 - Mindestleistungsumfang: Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern.
 - Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der gleichwertigen Qualifikation für die Sammlung und Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01) oder Sperrmüll (AVV 20 03 07).
 - Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters:
 -- Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung,
 -- Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den Auftraggeber und Darstellung der Qualifikation
 -- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.
 - Erklärung über die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre),

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung
 Beschreibung: Mit dem Angebot vorzulegen:
 - Angaben zur Rechtsform des Bieters,
 - ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft,
 - aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate,
 - Eigenerklärungen des Bieters, dass:
 -- keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG), dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) und nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) vorliegen,
 -- er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der angebotenen Leistungen verfügen wird,
 -- er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt,
 -- er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat,
 - Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angaben über die Eintragung in ein zertifiziertes Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z.B. amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) und Zugangscode zum Abruf.
 - Die Bieter haben mit dem Angebot anzugeben, für welche Leistungsteile der

Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist.
Auf Verlangen des Auftraggebers sind vorzulegen:

- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist),
- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind, nicht älter als 12 Monate),
- aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,
- Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, AEntG, MiLoG und SchwarzArbG),
- Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen (mit Ausnahme der geforderten Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder gleichwertig, soweit der Bieter selbst entsprechend zertifiziert ist).
- Bei Bietergemeinschaften sind eine Erklärung der Bietergemeinschaft, die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen, der Handelsregisterauszug sowie die Unterlagen zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach § 123 GWB, AEntG, MiLoG, SchwarzArbG und § 124 GWB) für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; im Übrigen müssen in Summe alle geforderten Nachweise vorliegen.
- Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Erklärungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besonderen Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen vorzuhalten,
- Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Leistungen und die Bilanzsumme, jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren,
- Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen,
- Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe,
- Im Falle der Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.

Auf Verlangen vorzulegen:

- Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Sonstiges

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

Unterlagen zur Durchführung der Leistungen nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen:

- für alle Lose: Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung für die angebotenen Lose, Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistung erbracht werden soll, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
- je Los: gemäß den losspezifischen Angaben in den Vergabeunterlagen

Auf Verlangen vorzulegen:

- Genehmigungsunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in den Formblättern benannten Anlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art:	Preis
Bezeichnung:	prognostiertes Bruttogesamtentgelt
Fester Wert (insgesamt):	1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>**5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Elektronischer Katalog: Deutsch
Varianten: Nicht zulässig
Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen.

Frist für den Eingang der Angebote: 30/04/2024 14:00:00 (UTC+2)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 168 \$name_timeperiod.DAYS_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung gemäß § 56 VgV, Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungsdatum: 30/04/2024 14:01:00 (UTC+2)

Zusätzliche Informationen: Es ist keine öffentliche Angebotsöffnung.

Auftragsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG); Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Eigenerklärung zu Russlandsanktionen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Informationen über die Überprüfungsfristen: 10 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber per Fax oder durch Hochladen auf der Vergabepattform ist der Vertragsschluss möglich. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber.
Der Auftraggeber wird die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mit der Vorabinformation über den frühestens Zeitpunkt des vorgesehenen Vertragsschlusses in Textform informieren. Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der aktuellen Fassung Anwendung. § 160 lautet auszugsweise: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. [...] (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“ Demzufolge ist ein Antrag an die o. g. Nachprüfungsstelle (Vergabekammer) insbesondere

unzulässig, sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt wird (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB) und nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Nachprüfungsantrag gestellt wurde (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Wir weisen darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Auftragnehmer an die Vergabekammer wenden. Wir weisen schließlich darauf hin, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterlegene Partei kostenpflichtig ist.

%:!:!% Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
 Informationen über das dynamische Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem
 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung
 Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
 Wirtschaft, Arbeit und Energie
 Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
 Landkreis Prignitz

5.1 Los:

LOT-0004
 Titel: Sammlung, Transport und Entsorgung von gefährlichen Abfällen
 Beschreibung: Sammlung, Beförderung und Entsorgung von gefährlichen Abfällen nach
 näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung/ Vergabeunterlagen.
 Interne Kennung: 3

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
 Haupteinstufung (cpv): 90511100 Einsammeln von kommunalem Müll
 Zusätzliche Einstufung (cpv): 90520000 Dienstleistungen im Zusammenhang mit radioaktiven,
 giftigen, medizinischen und gefährlichen Abfällen

5.1.2 Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Prignitz (DE40F)
 Land: Deutschland
 Ort im betreffenden Land
 Zusätzliche Informationen: Landkreis Prignitz

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2025
 Enddatum der Laufzeit: 31/03/2028

5.1.4 Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Option der zweimaligen einseitigen Verlängerung durch den Auftraggeber um jeweils 24 Monate; die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption ist dem Auftragnehmer bis spätestens 6 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums anzuzeigen

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert.
 Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.
 Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet.
 Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:
 Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung:

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Auflistung von repräsentativen Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für die Erbringung der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Dienstleistungen mit Benennung von durchgeführter Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des Auftraggebers (auf Verlangen: Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang (Leistungsmenge)
- Mindestanforderung an die Referenzen zu Los 3:
- vergleichbare Leistung: Sammlung und Beförderung von gefährlichen Abfällen,
- bereits absolvierter Vertragszeitraum: 12 Monate;
- Mindestleistungsumfang: Sammlung von mindestens 50 Mg/a an gefährlichen Abfällen.
- Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der gleichwertigen Qualifikation für die Sammlung und Beförderung von Farben, Druckfarben etc. (AVV 20 01 27*).
- Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters:
 - Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung,
 - Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den Auftraggeber und Darstellung der Qualifikation
 - Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.
- Erklärung über die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre),

Kriterium:

Art:

Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung:

Mit dem Angebot vorzulegen:

- Angaben zur Rechtsform des Bieters,
 - ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft,
 - aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate,
 - Eigenerklärungen des Bieters, dass:
 - keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG), dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) und nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) vorliegen, -- er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der angebotenen Leistungen verfügen wird,
 - er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt,
 - er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat,
 - Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angaben über die Eintragung in ein zertifiziertes Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z.B. amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) und Zugangscode zum Abruf.
 - Die Bieter haben mit dem Angebot anzugeben, für welche Leistungsteile der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist.
- Auf Verlangen des Auftraggebers sind vorzulegen:
- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist),
 - Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind, nicht älter als 12 Monate),
 - aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,
 - Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB,

- AEntG, MiLoG und SchwarzArbG),
- Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen (mit Ausnahme der geforderten Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder gleichwertig, soweit der Bieter selbst entsprechend zertifiziert ist).
 - Bei Bietergemeinschaften sind eine Erklärung der Bietergemeinschaft, die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen, der Handelsregisterauszug sowie die Unterlagen zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach § 123 GWB, AEntG, MiLoG, SchwarzArbG und § 124 GWB) für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; im Übrigen müssen in Summe alle geforderten Nachweise vorliegen.
 - Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Erklärungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besondere Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen vorzuhalten,
 - Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Leistungen und die Bilanzsumme, jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren,
 - Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen,
 - Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe,
 - Im Falle der Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.
- Auf Verlangen vorzulegen:
- Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Sonstiges

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Unterlagen zur Durchführung der Leistungen nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen:
- für alle Lose: Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung für die angebotenen Lose, Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistung erbracht werden soll, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
 - je Los: gemäß den losspezifischen Angaben in den Vergabeunterlagen Auf Verlangen vorzulegen
 - Genehmigungsunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in den Formblättern benannten Anlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art:

Bezeichnung:

Fester Wert (insgesamt):

Preis

prognostiziertes Bruttogesamtentgelt

1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL:

<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen.

Frist für den Eingang der Angebote: 30/04/2024 14:00:00 (UTC+2)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss:
168 \$name_timeperiod.DAYS_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung gemäß § 56 VgV, Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungsdatum: 30/04/2024 14:01:00 (UTC+2)

Zusätzliche Informationen: Es ist keine öffentliche Angebotsöffnung.

Auftragsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG); Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Eigenerklärung zu Russlandsanktionen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Informationen über die Überprüfungsfristen: 10 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber per Fax oder durch Hochladen auf der Vergabeplattform ist der Vertragsschluss möglich. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Der Auftraggeber wird die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mit der Vorabinformation über den frühestens Zeitpunkt des vorgesehenen Vertragsschlusses in Textform informieren. Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der aktuellen Fassung Anwendung.
§ 160 lautet auszugsweise: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. [...] (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“

Demzufolge ist ein Antrag an die o. g. Nachprüfungsstelle (Vergabekammer) insbesondere unzulässig, sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt wird (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB) und nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Nachprüfungsantrag gestellt wurde (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Wir weisen darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Auftragnehmer an die Vergabekammer wenden. Wir weisen schließlich darauf hin, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterlegene Partei kostenpflichtig ist.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Landkreis Prignitz

5.1 Los:**LOT-0005**

Titel: Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)
Beschreibung: Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen nach näherer
Maßgabe der Leistungsbeschreibung/ Vergabeunterlagen.
Interne Kennung: 4

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 90512000 Transport von Haushaltsabfällen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 90514000 Recycling von Siedlungsabfällen

5.1.2 Erfüllungsort

Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: Die Durchführung der Verwertungsleistung ist örtlich nicht
beschränkt.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2025
Enddatum der Laufzeit: 31/03/2028

5.1.4 Verlängerung

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Option
der zweimaligen einseitigen Verlängerung durch den Auftraggeber um jeweils 24 Monate; die Inanspruchnahme der Ver-
längerungsoption ist dem Auftragnehmer bis spätestens 6 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums anzuzeigen

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert.
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Beschreibung: Mit dem Angebot sind vorzulegen:
- Auflistung von repräsentativen Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für
die Erbringung der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Dienstleistungen im
Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder
eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder
vergleichbaren Rechtsträgern, mit Benennung von durchgeführter
Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des
Auftraggebers (auf Verlangen:
Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang
(Leistungsmenge)
- Mindestanforderung an die Referenzen für Los 4:
- vergleichbare Leistung: Verwertung oder Koordination der Verwertung von
PPK im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft
der eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder ver-
gleichbaren Rechtsträgern,
- bereits absolvierter Vertragszeitraum: 12 Monate;
- Mindestleistungsumfang: Verwertung von mindestens 3.000 Mg/a.
- Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder Nachweis der
gleichwertigen Qualifikation für die Beförderung von gemischten

Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01) oder Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01) oder Makeln, Lagern oder Verwerten von Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01).

- Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters:

- Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung,
 - Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den Auftraggeber und Darstellung der Qualifikation
 - Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und war insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.
- Erklärung über die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt der letzten drei Jahre),

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Eignung zur Berufsausübung

Mit dem Angebot vorzulegen:

- Angaben zur Rechtsform des Bieters,
 - ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft,
 - aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate,
 - Eigenerklärungen des Bieters, dass:
 - keine zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG), dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) und nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) vorliegen,
 - er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der angebotenen Leistungen verfügen wird,
 - er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt,
 - er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat,
 - Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angaben über die Eintragung in ein zertifiziertes Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z.B. amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) und Zugangscode zum Abruf.
 - Die Bieter haben mit dem Angebot anzugeben, für welche Leistungsteile der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist.
- Auf Verlangen des Auftraggebers sind vorzulegen:
- Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist),
 - Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind, nicht älter als 12 Monate),
 - aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,
 - Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, AEntG, MiLoG und SchwarzArbG),
 - Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen (mit Ausnahme der geforderten Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder gleichwertig, soweit der Bieter selbst entsprechend zertifiziert ist).
 - Bei Bietergemeinschaften sind eine Erklärung der Bietergemeinschaft, die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen, der Handelsregisterauszug sowie die Unterlagen zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen nach § 123 GWB, AEntG, MiLoG, SchwarzArbG und § 124 GWB) für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; im Übrigen müssen in Summe alle geforderten Nachweise vorliegen.

- Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Erklärungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besonderen Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen vorzuhalten,
 - Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen oder vergleichbarer Leistungen und die Bilanzsumme, jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren,
 - Bereitschaftserklärung zur Stellung einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen,
 - Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe,
 - Im Falle der Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.
- Auf Verlangen vorzulegen:
- Nachweis einer bestehenden Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.

Kriterium:

Art:

Beschreibung:

Sonstiges

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Unterlagen zur Durchführung der Leistungen nach näherer Maßgabe der Verabeunterlagen:
- für alle Lose: Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung für die angebotenen Lose, Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistung erbracht werden soll, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn.
 - je Los: gemäß den losspezifischen Angaben in den Vergabeunterlagen
- Auf Verlangen vorzulegen
- Genehmigungsunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in den Formblättern benannten Anlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art:

Bezeichnung:

Fester Wert (insgesamt):

Preis

prognostiziertes Bruttogesamtentgelt

1

5.1.11 Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung:

Erforderlich

Adresse für die Einreichung:

<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9Y506XRP>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

Elektronischer Katalog:

Nicht zulässig

Varianten:

Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen.

Frist für den Eingang der Angebote:	30/04/2024 14:00:00 (UTC+2)
Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss:	168 \$name_timeperiod.DAYS_deu
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:	Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen:	Nachforderung gemäß § 56 VgV, Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:	
Eröffnungsdatum:	30/04/2024 14:01:00 (UTC+2)
Zusätzliche Informationen:	Es ist keine öffentliche Angebotsöffnung.
Auftragsbedingungen:	Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG); Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 (Eigenerklärung zu Russlandsanktionen)
Elektronische Rechnungsstellung:	Erforderlich
Informationen über die Überprüfungsfristen:	10 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation an unterlegene Bewerber per Fax oder durch Hochladen auf der Vergabepattform ist der Vertragsschluss möglich. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Der Auftraggeber wird die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, mit der Vorabinformation über den frühestens Zeitpunkt des vorgesehenen Vertragsschlusses in Textform informieren. Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der aktuellen Fassung Anwendung. § 160 lautet auszugsweise: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. [...] (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“ Demzufolge ist ein Antrag an die o. g. Nachprüfungsstelle (Vergabekammer) insbesondere unzulässig, sofern ein Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt wird (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB) und nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ein Nachprüfungsantrag gestellt wurde (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Wir weisen darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Auftragnehmer an die Vergabekammer wenden. Wir weisen schließlich darauf hin, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterlegene Partei kostenpflichtig ist.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:	Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:	Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle:	Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie
---------------------	------------------------------------------------------------------------------------------

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Landkreis Prignitz

8. Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Prignitz
Registrierungsnummer: 12-12992262171031-24
Postanschrift: Berliner Straße 49
Stadt: Perleberg
Postleitzahl: 19348
Land, Gliederung (NUTS): Prignitz (DE40F)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Gb V - Zentrale Dienste
E-Mail: beate.kowalski@lkprignitz.de
Telefon: +49 3876 713-229
Fax: +49 3876 713-163

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: C01X00T47
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabekammer@MWAE.Brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1 ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49 22899 6100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung:

bbe611bc-a69d-44a7-a1ad-0061dd4013ab-01

Hauptgrund für die Änderung:

Aktualisierte Informationen

10.1 Änderung

Beschreibung der Änderungen:

Die Angebotsfrist wird verlängert bis zum 30.04.2024, 14:00 Uhr.
Die Bindefrist verkürzt sich entsprechend auf 168 Tage.

Zusätzliche Information:

Die Angebotsöffnung ist nicht öffentlich. Es gelten weitere Eignungskriterien (Ziffer 5.1.9 je Los) bezüglich der Eignung zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der sonstigen Eignung nach Maßgabe der Vergabeunterlagen, die auf Grund eines formulartechnischen Fehlers bisher nicht in der EU-Bekanntmachung ersichtlich waren. Die Auftragsvergabe fällt nur bei den Losen 1 und 2 in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge - CVD). Weitere Auftragsbedingung ist die Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Eigenerklärung zu Russlandsanktionen, auf Verlangen einzureichen).

11. Informationen zur Bekanntmachung**11.1 Informationen zur Bekanntmachung**

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4585c475-b65f-476a-a567-ceb0cc8686be - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/03/2024 12:41:40 (UTC+1)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist:
Deutsch**11.2 Informationen zur Veröffentlichung**

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 172531-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 59/2024

Datum der Veröffentlichung: 22/03/2024